



## Taxpayers Association of Europe

### Europäischer Steuerzahlerbund (TAE) warnt vor Ausweitung der EU-Eigenmittel – „Belastungswelle für Bürger und Unternehmen droht“

TAE fordert: EU-Kommission muss geplanten Eigenmittel-Ausbau im nächsten Finanzrahmen stoppen!

Die Kommission plant, am **16. Juli 2025** ein **erstes Paket für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028 bis 2034** vorzulegen. Ein **zweites Paket** zu eher technischen Dossiers soll am **17. September 2025** folgen. Es geht dabei um das Volumen des noch festzulegenden EU-Finanzrahmens sowie die Zusammensetzung des nächsten Eigenmittelpakets.

Schon das erste Paket löst dabei beim Steuerzahlerbund die Alarmglocken aus, denn hier wird dezidiert der Punkt „**Neue Eigenmittel**“ aufgeführt. Dabei sollen einige Vorschläge aus früheren Eigenmittelpaketen vom Dezember 2021 ([COM \(2021\) 566 final](#)) sowie Juni 2023 ([COM\(2023\) 330 final](#)) beibehalten werden.

Ganz offen schlägt die EU-Kommission vor, „die Prioritäten der EU-Politik stärker auf der Einnahmenseite des EU-Haushalts zu verankern“. Was das bedeutet erklärt der Präsident des Europäischen Steuerzahlerbundes Michael Jäger mit einfachen Worten: „So harmlos das Wort EU-Eigenmittel auch klingen mag, es ist nichts anderes als eine höhere Belastung für die Steuerzahler - private oder Unternehmen. Die Mittel wachsen ja nicht auf dem Baum, irgendjemand wird zahlen müssen!“

Ein kleiner Ausschnitt aus der „**Eigenmittel-Wundertüte**“ der EU-Kommission:

- 25 % der Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel. Zusätzlich dazu ein befristeter Mechanismus zur solidarischen Anpassung, damit alle Mitgliedstaaten einen gerechten Beitrag zu den Eigenmitteln auf Grundlage des Emissionshandels leisten.
- 75 % der Einnahmen aus dem CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM)
- 15 % des Anteils an den Residualgewinnen der größten und rentabelsten multinationalen Unternehmen, die den EU-Mitgliedstaaten gemäß dem Übereinkommen über die Reform des internationalen Steuerrahmens neu zugeteilt werden.

Hinzu kommen **weitere potentielle Eigenmittelquellen**, wie eine Abgabe auf **Elektroniksrott**, höhere Steuern auf **Tabak, Alkohol und Zucker**, um nur einige wenige zu nennen. Und diese Vorschläge haben es in sich! Beispielhaft zu nennen ist die Überarbeitung der Tabakrichtlinie (TED), die, wenn sie so kommt, zu exorbitanten Preissteigerungen durch erhöhte Verbrauchssteuern auf Tabak- und Nikotinprodukte führen wird. Nicht ohne Grund haben wir uns von Seiten der TAE dazu kritisch geäußert. Siehe dazu auch unsere [TAE-Stellungnahme vom 23. Juni 2025](#).

**An „guten Begründungen“ für neue Eigenmittel bzw. höhere Belastungen fehlt es nicht.** Es geht um die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, die Beschleunigung der Transformation, mehr Wettbewerbsfähigkeit, die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels, die Stärkung des Binnenmarktes, den Gesundheitsschutz und andere wichtige Themen. Dafür braucht es dann aus Sicht der Kommission zusätzliche Mittel. Daraus resultieren Vorschläge wie das Abschöpfen von Unternehmensgewinnen, die zwar schon besteuert werden, aber aus Sicht der EU-Kommission scheinbar am



## Taxpayers Association of Europe

falschen Ort und nicht hoch genug. Oder im Namen der Verbesserung der Gesundheit kommen zusätzliche oder höhere Steuern auf Tabak, Alkohol und Zucker ins Spiel. Mit der Errichtung eines Klima-Sozialfonds sollen finanziell schwächere Haushalte vor den zusätzlichen Belastungen durch die Einführung eines neuen Emissionshandelssystems für Gebäude und den Straßenverkehr in der EU entlastet werden. Dass diese Belastungen die EU teils selbst verschuldet hat, wird dabei unter den Tisch gekehrt.

**Brandaktuell** wurde jetzt noch ein **Unternehmenssteuervorschlag der Kommission zur „Corporate Resource for Europe, kurz CORE**, geleakt. Darin schlägt die EU-Kommission eine **umsatzabhängige Besteuerung von Unternehmensgewinnen** vor. Alle Unternehmen ab 50 Millionen Euro wären davon betroffen – also sowohl in der EU als auch Drittstaatenunternehmen mit einer Betriebsstätte in der EU. Wie kann man nur auf eine derartige abstruse Idee kommen, eine Unternehmensteuer am Umsatz fest zu machen und nicht am Gewinn, die dann auch noch in den EU-Haushalt fließen soll? Wenn das dann noch unter dem Deckmantel der Stärkungen des Binnenmarktes laufen sollte, wäre dies der Treppenwitz des Jahrhunderts, so Michael Jäger.

Dass **Steuern** plötzlich nicht mehr vollständig in die nationalen Haushalte gehen sollen, sondern **Teil der Eigenmittel der EU werden könnten**, ist ein **bemerkenswerter Schachzug der EU-Kommission**. Denn es stehen viele Länder höheren nationalen Beiträgen kritisch gegenüber. Insofern hat eine gesonderte EU-Steuer toxischen Charme: Die Länder müssten keine höheren Umlagen zahlen, es bliebe ihnen also national mehr. Dafür würden dann aber die Steuerzahler zur Kasse gebeten und man kann dieses Abkassieren dann ja auf die EU schieben. Wir vom Steuerzahlerbund sind entsetzt von dem Vorhaben, über neue bzw. höhere Eigenmittel den EU-Haushalt auszuweiten. Denn nur darum geht es ja letztendlich.

Bedenklich stimmt den Europäischen Steuerzahlerbund zudem, dass scheinbar auch im EU-Parlament die Anzahl der Befürworter von mehr EU-Eigenmitteln und einem höheren EU-Budget wächst.

Was in der ganzen Diskussion fehlt, sind Vorschläge für Einsparungen und neue Prioritätensetzung. „Steuererhöhungen dürfen immer nur das Letzte Mittel sein und kein Selbstzweck. Die Steuerzahler sind kein Selbstbedienungsladen, weder für die EU noch national“, so Steuerzahlerchef Michael Jäger.

Bislang ist die Finanzierung des EU-Haushalts durch eine Gesamtobergrenze gedeckelt. Gemäß dem bisherigen EU-Eigenmittelbeschluss darf der Gesamtbetrag der Eigenmittel, der der Union zur Verfügung steht, 1,4 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitgliedstaaten nicht übersteigen. Wenn es im Rahmen des neuen Mittelfristigen Finanzrahmens (MFR) zur Einführung neuer Eigenmittel kommen sollte, die direkt dem EU-Haushalt zufließen, wird sich das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ändern. Es droht das **Damoklesschwert höhere Belastungen für die Steuerzahler**. Denn der EU-Haushalt wird dann auf Basis der bisherigen und erwartenden Einnahmen aus den neuen Eigenmitteln kalkuliert. Was passiert jedoch, wenn diese Einnahmen so nicht erzielt werden? Dann bleibt nur der Weg über ein Aufleben höherer Pflichtanteile der Nationalstaaten, oder es wird weiter an der EU-Steuerschraube gedreht. Oder die EU darf sich dann noch weiter verschulden, als sie es bereits mit Next Generation EU getan hat.



## Taxpayers Association of Europe

„Vor diesen Szenarien können wir nur warnen“, so Michael Jäger. Wenn die EU-Kommission nicht aufhört, permanent ihre Kompetenzen ausweiten zu wollen, werden die Wähler das früher oder später an den Wahlurnen bestrafen!

Erforderlich ist aus Sicht der Europäischen Steuerzahlerorganisation (TAE) eine öffentliche Grundsatzdiskussion darüber, welche Aufgabe die EU übernehmen soll und welche Aufgaben auf nationaler Ebene geleistet werden. Wir fordern nichts anderes als die Rückkehr zum Subsidiaritätsprinzip der EU. Scheinbar hat die EU-Kommission dieses aus den Augen verloren. Das Subsidiaritätsprinzip der EU besagt, dass die EU nur dann tätig werden soll, wenn auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene in den Mitgliedsstaaten die gesetzten Ziele einer Maßnahme nicht erreicht werden können und deswegen eine Lösung auf Unionsebene nötig ist. Dieser Grundsatz der Kompetenzverteilung soll sicherstellen, dass Entscheidungen immer auf der Ebene getroffen werden, die am effektivsten ist, und die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten respektiert.

„Wir werden sehr genau hinsehen, was da aus Brüssel noch kommt und können nur an die Mitgliedsstaaten appellieren unserem Beispiel zu folgen. Gerade die Finanzminister der Nationalstaaten sollten das jetzt zur Chefsache machen. Ein erster Widerstand aus den Nationalstaaten regt sich schon. So hat Schwedens Finanzministerin Elisabeth Svantesson zu den Tabaksteuerplänen der EU-Kommission eine ganz klar ablehnende Haltung auf X geäußert! „Eine EU-weite Steuererhöhung auf Tabak und Tabakprodukte wäre völlig inakzeptabel“, sagte sie gegenüber der schwedischen Presse und fügte hinzu: „Es ist offensichtlich, dass die Steuereinnahmen Schweden zugutekommen sollten und nicht in die EU-Bürokratie fließen dürfen.“

Auch wenn wir uns jetzt bei vielen Leuten in Brüssel unbeliebt machen sollten, sehen wir es als unsere Pflicht an, für nachhaltige Finanzen zu kämpfen, und das schließt neue oder höhere Eigenmittel der EU aus. „Dem Streben von Brüssel, sich immer mehr Kompetenzen durch die Hintertüre anzueignen, muss ein Riegel vorgeschoben werden“, so der Steuerzahlerpräsident weiter.

Wir fordern die EU und insbesondere EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen auf, diesen Irrweg zu stoppen!

Brüssel/München, 15. Juli 2025  
Rudolf G. Maier, Pressesprecher

### Rückfragen

#### Taxpayers Association of Europe (TAE)

##### Büro München

Michael Jäger  
Nymphenburger Str. 118  
D-80636 München  
Tel.: +49 89 126 00 820  
Web [www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

##### Büro Brüssel

Dr. Horst Heitz  
Rue d'Arlon 46  
B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 2 588 1520

---

#### TAXPAYERS ASSOCIATION OF EUROPE (TAE)

Office Brussels: Rue d'Arlon 46, B-1000 Brussels, Phone +32 2 588 15 20  
Office Munich: Nymphenburger Str. 118, D-80636 München, Phone+49-89-12 600 8-20, Fax +49-89-12 600 8-47  
E-Mail: [info@taxpayers-europe.org](mailto:info@taxpayers-europe.org), Internet: <http://www.taxpayers-europe.org>